

Städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			3. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 05.11.2015	Sitzungsbeginn: Uhr	Sitzungsende: Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Dr. Dr. Buhlert			

Herr Dr. Dr. Buhlert begrüßt die Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit.

### TOP 1

Unter Verschiedenes wird die Berichtsbitte auf Grund der schon in staatlicher Sitzung erfolgten Behandlung gestrichen. Die Deputation beschließt ferner die TOPs 4 und 5 in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln

Die Deputation beschließt folgende Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 01.10.2015	
TOP 3	Krankenhausinvestitionsprogramm 2015	S-5-19 L-21-19
TOP 4	Sanierungsbericht GeNo	wird nach- gesandt
TOP 5	Teilersatzneubau am Klinikum Bremen Mitte Bericht über den Risikobericht 3	wird nach- gesandt
TOP 6	Sitzungstermine Deputation 2016	S-6-19 L-23-19
TOP 7	Gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge	mdl Bericht
TOP 8	Verschiedenes - Berichtsbitte der FDP „Organisation der Behörde für Verbraucher- schutz“	mdl. Bericht

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 01.10.2015</b>
<b><u>Beschluss:</u></b>	
Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll vom 01.10.2015 zu.	

<b>TOP 3</b>	<b>Krankenhausinvestitionsprogramm 2015 (Vorlage S-5-19 / L-21-19)</b>
Ohne Aussprache wird bei Enthaltung der Fraktion der CDU, Die Linke und der FDP mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen nachfolgender Beschluss gefasst.	

**Beschluss:**

1. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Investitionsprogramm 2015 und der vorgesehenen Mittelverwendung zu.
2. Die staatliche und die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, die im Haushaltsjahr 2015 ggf. nicht vollständig abfließenden investiven Fördermittel zur vorzeitigen Ablösung bestehender Haushaltsverpflichtungen zu Gunsten der geförderten Krankenhäuser zu verwenden.

**TOP 4    Sanierungsbericht GeNo  
(Vorlage S-8-19)**

Die Aussprache erfolgte in nicht-öffentlicher Sitzung.

**Beschluss:**

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den dritten Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH vom 27. Oktober 2015 zur Kenntnis.

**TOP 5    Teilersatzneubau am Klinikum Bremen Mitte Bericht über den Risikobericht III  
(Vorlage S-7-19)**

Die Aussprache erfolgte in nicht-öffentlicher Sitzung.

**Beschluss:**

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht über den Risikobericht III zum Teilersatzneubau am KBM vom 21.10.2015 zur Kenntnis.

**TOP 6    Sitzungstermine Deputation 2016  
(Vorlage S-6-19 / L-23-19)**

Die Verwaltung verweist zu Beginn der Sitzung auf gegenüber den versandten Terminen veränderte Terminvorschläge hin, die in einer Neufassung auf den Tischen ausliegen.

Demnach wird die Sitzung vom 28. Januar 2016 auf den 5. Februar 2016 verschoben und der Sitzungsbeginn an den Tagen 10.3./9.6./18.8./15.9./3.11. wird auf 15.15 Uhr verschoben.

**Beschluss:**

Die staatliche bzw. städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den vorgenannten und veränderten Sitzungsterminen zu.

**TOP 7**

Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück bezeichnet die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr als sehr gut – diese würde überregional beachtet. Der Staatsrat referiert die Zahl der Krankheitsfälle. Nach einer Untersuchung der Bundeswehr und des Gesundheitsamts haben die Flüchtlinge nicht auffällig schwere Erkrankungen. Allerdings gibt es viele Karieserkrankungen. Mittlerweile sind außerdem Akutsprechstunden in den Flüchtlingsheimen organisiert und SanitäterInnen fahren mit einem Bus die Einrichtungen an. Der Staatsrat erklärt er könne der Deputation einen Bericht über die medizinische Versorgung der Flüchtlinge in den einzelnen Einrichtungen zukommen lassen.

Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) gibt zu bedenken, dass vielleicht die körperliche Gesundheit der Flüchtlinge nicht besorgniserregend sei, dass sie aber häufig unter schwerer

seelischer Not leiden würden. Im Bereich der psycho-therapeutischen Versorgung gäbe es weiter großen Mangel. Dr. Kirsten Kappert-Gonther begrüßt außerdem, dass mittlerweile ehrenamtliche HelferInnen aus den Gesundheitsberufen - beispielsweise ÄrztInnen in Rente - unbürokratisch helfen können. Dafür würde sie ausdrücklich der Ärztekammer danken. Dr. Dr. Magnus Buhler schließt sich im Namen der Deputation dem Dank an.

Rainer Bensch (CDU) bedankt sich für das Angebot des Staatsrats der Deputation einen Bericht über die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu kommen zu lassen. Die Mitglieder der Deputation würden aber die Behörde nicht unnötig belasten wollen. Der Staatsrat bedankt sich für die Rücksichtnahme. Rainer Bensch betont, dass im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung, aber auch bei der generellen medizinischen Versorgung vor allem bzgl. des Dolmetschens weiterhin Probleme existieren. Andere Bundesländer haben da schon erste Alternativen entwickelt. Magnus Buhler (FDP) erkundigt sich, was zur Influenzaprävention in den Wohnheimen getan würde. Die Senatorin antwortet, dass die Bundeswehr das Land Bremen sogar zur Benchmark in Sachen Bundeswehr-Land-Zusammenarbeit erklärt habe. Sie stellt fest, dass es in Bremen ein tolle Verwaltung, tolle Ärzte und eine tolle Zivilbevölkerung gebe, die mit Verve daran arbeite, dass die Flüchtlinge auch bei uns ankommen können. Die Influenzaimpfungen würden kommende Woche beginnen. Im Bereich des Dolmetschens sei das Problem, dass man sehr viele verschiedene SprachdolmetscherInnen zeitgleich vorhalten können müsse. Zurzeit würde ihr Haus das SprInt Modell aus Nordrhein-Westfalen prüfen: dort könne man anrufen und die ÜbersetzerInnen würden dann dem Patienten telefonisch die Diagnose und das weitere Vorgehen erklären. Ein solches Angebot würde die Senatorin auch im Dolmetscher-System im Land Bremen vorhalten wollen. Die Senatorin erklärt bzgl. der zahnmedizinischen Versorgung der Flüchtlinge habe sie mit der Zahnärztekammer besprochen in welcher Form auch Zahnärzte sich mobil vor Ort engagieren könnten. Ein Problem sei aber, dass bei zahnärztlichen Leistungen meistens umfangreiche medizinische Geräte für die Behandlung nötig seien. Die Gespräche würden aber fortgesetzt. Die Senatorin berichtet außerdem, dass sie für mittelschwere Fälle – beispielsweise bei hohem Fieber – die nicht zu einer Krankenhauseinweisung führen würden, spezielle Räume einrichten wolle. Betroffen hiervon seien beispielsweise auch Mütter, die nach der Entbindung aus dem Krankenhaus entlassen werden. Bzgl. dieser alternativen Unterbringungsmöglichkeiten ist die Senatorin in Gesprächen mit den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen. Die Senatorin erklärt, dass für die psycho-therapeutische Versorgung der Flüchtlinge zwar Refugio Bremen e.V. eine tolle Arbeit leiste, die Strukturen und Angebote aber noch gestärkt werden müssten. Die Senatorin betont, dass im Bereich der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge der öffentlicher Gesundheitsdienst und das Gesundheitsamt Phänomenales leiste: dies käme den Flüchtlingen zu Gute, aber auch der Gesellschaft insgesamt.

**TOP 8 | Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Protokollführer

Die Senatorin für Wissenschaft,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 361-9540  
Fax: 496-9540

S-4

E-mail: [michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de](mailto:michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de)

**Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bürgerschaft sowie der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (19. Legislaturperiode)**

**Stand: 18.11.2015**

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungsstand
1.	Folgeauftrag Bericht zum SpSD/Krisendienst (Vorlage Herr Mosch)	10.07.2014	November 2015	41	
2.					

*Graunterlegte TOP's sind neu aufgenommen*